

Interview mit Dr. Barbara Lippert,
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

„Die EU kann nicht als ein statisches System überleben.“



© Stiftung Wissenschaft und Politik

Kompass: Was hält nach Ihrer Meinung die Europäische Union (EU) noch zusammen? Ist es mehr als ein gemeinsames wirtschaftliches Interesse oder erschöpft sich die EU ausschließlich im Organisieren dieser Interessen?

Barbara Lippert: Die Gründungsmotive der Europäischen Gemeinschaften leben in gewandelter Zeit fort. Es begann als ein Projekt, das die Funktionsdefizite der Nationalstaaten kompensieren wollte und diese Funktionsdefizite sind unter den Vorzeichen der Globalisierung eher gewachsen als geschwunden. Die EU wird demnach auch heute durch das gemeinsame Interesse an Frieden, Wohlstand und der Selbstbehauptung in einer zunehmend verflochtenen Welt zusammengehalten, in der die Europäer relativ an Bedeutung verlieren. Es ist eine Interessengemeinschaft, die sich gemeinsamen Werten verpflichtet fühlt, was sich vor allem in der EU als Rechtsgemeinschaft widerspiegelt. Kurzum, es handelt sich um eine Europäische Union, die „nützt und schützt“, wie es der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, einmal formulierte. Nach meiner Einschätzung wird die EU auch künftig durch verbindliche Rahmensetzungen zusammengehalten, die vor allem vom Binnenmarkt und der Währungsunion ausgehen, die den Mitgliedstaaten politische Gestaltungsspielräume lassen und zugleich die Selbstbehauptung der Europäer in einer turbulenten Welt ermöglichen.

Kompass: Nun zielen die aktuellen Tendenzen in einigen Mitgliedstaaten der EU nicht gerade darauf, ein Mehr an Vergemeinschaftung und Vertiefung zu fordern. Ist Ihrer Meinung nach das Projekt „Europäische Union“ an seine Grenzen gekommen?

Barbara Lippert: In geographischer Hinsicht, was ihre Mitglieder angeht, dürfte die Europäische Union an ihre Grenzen gekommen sein oder sie vielleicht sogar schon überschritten haben. Aber die Europäische Union wird nicht von einer Expansions- und Steigerungslogik angetrieben. Es geht um eine Bündelung von Kräften, die teils zur Übertragung von mehr Kompetenzen auf die EU-Ebene, also Vergemeinschaftung, führen kann, wie wir es in der Eurokrise erlebt haben und wie es sich jetzt bei Fragen der Sicherung der Außengrenzen der EU andeutet. Hier wird klar, um wie viel leichter es fällt, sich nach außen abzugrenzen, als untereinander zu einem Interessenausgleich, zu Kompromissen oder auch zu solidarischem Handeln zu gelangen. Manche Regierungen ignorieren die wechselseitigen Abhängigkeiten, pochen darauf, Souveränität zurückzugewinnen, und verweigern sich komplizierten europäischen Problemlösungen, ohne Alternativen zu entwickeln. Die Europäische Integration bleibt ein Prozess, dafür werden allein der Problemdruck innerhalb der EU und die Herausforderungen der konfliktgetriebenen Nachbarschaften sorgen. Ob sich außerhalb der EU um Großbritannien herum Staaten zusammenfinden,

denen die Integrationstiefe zu groß ist, und ob sich daraus ein neues politisches Kraftfeld entwickelt, wird sich zeigen. Jedenfalls dürfte auch dieses neue Projekt an der Lebensader der EU hängen und ein Interesse an deren Funktionsfähigkeit haben.

Kompass: Hat eine weitere Vertiefung und Vergemeinschaftung in ausgewählten Politikfeldern eine Chance auf Realisierung, oder raten Sie von weiteren Bestrebungen in dieser Richtung ab?

Barbara Lippert: Die bereits genannte Krisenabwehr und Konsolidierung der Währungsunion sowie die Sicherung der Außengrenzen der EU sind wesentliche Felder, auf denen sich die Union vertiefen könnte. Das könnte auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Fall sein, zumal innere und äußere Sicherheit immer mehr ineinandergreifen. Abzuraten wäre von neuen Großprojekten. Allerdings ist abzusehen, dass jeder Vertiefungsschritt zugleich ein Mehr an Differenzierung bedeutet und damit die Heterogenisierung der Union eher zunehmen wird. Vertiefung um den Preis von *Opt-outs* und Sonderregelungen ist seit dem Vertrag von Maastricht Anfang der 90er Jahre die Norm geworden. Das muss nicht den Weg in ein Kerneuropa bedeuten, jedoch wird sich die bereits heute bestehende Union der mehreren Geschwindigkeiten weiter fortsetzen. Das macht es für die Bürgerinnen und Bürger noch

Dr. Barbara Lippert
ist Forschungsdirektorin des
*Deutschen Instituts
für Internationale Politik und Sicherheit*
der *Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)*
und Mitglied der Institutsleitung in Berlin.

schwieriger nachzuvollziehen, wer für welche Positionen steht und wer über was entscheidet. Das Ergebnis wird ein noch komplexeres politisches System auf allen Ebenen sein – regional, national, europäisch.

Kompass: Wie stehen momentan die Chancen für die EU? Eher rückwärts-gewandter Zerfall oder eher Stagnation und Stillstand? Was wäre Ihr Rat für eine Zukunft der EU?

Barbara Lippert: Denkbar ist alles. Nach meiner Einschätzung würden sich einige Länder, darunter Deutschland, nicht mit einem Stillstand zufriedengeben, der als politisches Programm verkündet wird, also so etwas wie eine Integrationsobergrenze definieren will.

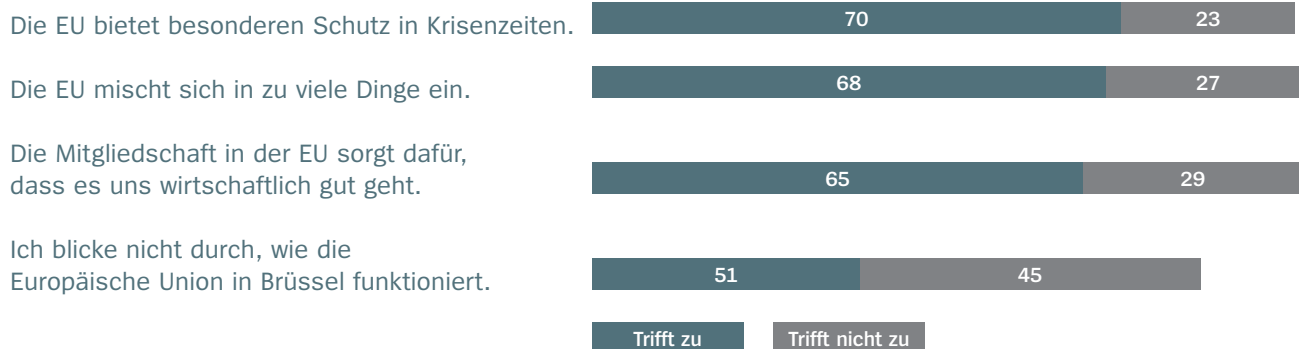
Die EU kann nicht als ein statisches System überleben. Deshalb könnten diese integrationswilligen Mitgliedstaaten im Fall der Fälle nach Alternativen in einer neuen EU suchen. Eine faktische Stagnationsphase, herbeigeführt von Mitgliedstaaten, die ihre Veto-Positionen maximal ausbauen, Entscheidungen blockieren und so die EU in eine Sackgasse führen, ist jedoch nicht auszuschließen.

Das Beispiel *Brexit* wird keine Schule machen. Es gibt kein Land, das wie Großbritannien den Mut auszutreten und die politisch-historischen Voraussetzungen hat, eine zukunftsfähige politische Alternative, ein Narrativ jenseits der EU zu entwickeln. Also ist das größte Risiko für die Zukunft der EU, dass eine Aushöhlung von innen einsetzt, die

die Legitimität sowie Problemlösungs- und Handlungsfähigkeit der EU unterminiert. Mein Rat: Bei dem im September in Bratislava einsetzenden Prozess den Kurs der EU-27 so zu bestimmen, dass dabei deutlich mehr als der kleinste gemeinsame Nenner herauskommt und eine Erneuerungsagenda für die EU-27 zu skizzieren, die die Problemlösungsfähigkeit der EU unter Beweis stellt (Stichworte Wirtschaftswachstum, Abbau der Arbeitslosigkeit – besonders unter jungen Menschen –, Abbau von sozialer Ungleichheit, ein hohes Maß an innerer und äußerer Sicherheit) und gute Rahmenbedingungen für bessere Lebensperspektiven durch Mobilität, gute Ausbildung und Nicht-Diskriminierung etc. anstrebt.

Die Fragen stellte Josef König.

Treffen folgende Aussagen über die Europäische Union Ihrer Meinung nach zu oder treffen sie nicht zu?



Deutschland; 12.05.2014 bis 14.05.2014; 1.002 Befragte; ab 18 Jahre; Wahlberechtigte
Quelle: ARD-DeutschlandTREND, Statista 2015